

Landkreis Wesermarsch, Poggenburger Str. 15, 26919 Brake

An die Mitglieder des Gremiums
als Protokoll

Auskunft erteilt: Marco Witthohn
Zimmer.: 235
Telefon: 04401 – 927 326
04401 – 927 0 (Zentrale)
Telefax: 04401 – 927 339
E-Mail: marco.witthohn@wesermarsch.de

Brake, den 21.06.2024

Protokoll

zur öffentlichen Sitzung mit anschließendem nicht öffentlichen Teil

Gremium		KT/64/2024
Kreistag		
am	Sitzungsdauer	Ort
Montag, 17.06.2024	16:30 bis 18:06 Uhr	Kreishaus, großer Sitzungssaal, Poggenburger Straße 15, 26919 Brake

Anwesend sind:

Stimmberechtigte Mitglieder

Dr. Hans Schmid
Torben Hafeneger
Dragos Pancescu
Ramona Bartz
Thorsten Böner
Heinz Doormann
Johann Evers
Heinz Feja
Hans Francksen
Reiner Gollenstede
Christoph Hartz
Kerstin Held
Gustav Hellmers
Jürgen Hülsebusch
Jürgen Janssen

Kreistagsvorsitz
stellv. Kreistagsvorsitzender
stellv. Kreistagsvorsitzender
Kreistagsmitglied
Kreistagsmitglied
Kreistagsmitglied
Kreistagsmitglied
Kreistagsmitglied
Fraktionsvorsitzender
Kreistagsmitglied
Kreistagsmitglied
Kreistagsmitglied
Kreistagsmitglied
Kreistagsmitglied
Fraktionsvorsitzender

Horst Kortlang
Leonard Krippner
Uta Meiners
Olaf Michalowski
Volker Osterloh
Gerlinde Röhr
Ursula Schinski
MdB Christina-Johanne Schröder
Mareike Suhr-Krippner
Uwe Thöle
Ralf van Norden
Andreas Wedelich
Thomas Wenzel
Erika Weubel
Holger Wiechmann
Horst Wieting
Manfred Wolf
Siegmar Wollgam
Angelika Zöllner

Kreistagsmitglied / Stellv. Landrat
Kreistagsmitglied
Kreistagsmitglied
Kreistagsmitglied
Kreistagsmitglied
Kreistagsmitglied
Kreistagsmitglied
Kreistagsmitglied / Stellv. Landrätin
Kreistagsmitglied
Kreistagsmitglied
Kreistagsmitglied
Kreistagsmitglied
Kreistagsmitglied
Kreistagsmitglied
Kreistagsmitglied
Kreistagsmitglied
Kreistagsmitglied

von der Verwaltung

Stephan Siefken
Matthias Wenholt
Maren Würger
Gunnar Meister
Sindy Nestler
Matthias Sturm
Marco Witthohn

Landrat
Erster Kreisrat
Leiterin Dezernat 1
Leiter Ref. 90 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Leiterin Dezernat 3
FD 91 - Büro des Landrats
Leiter FD 91 Büro des Landrats -
Protokollführung -

Entschuldigt sind:

Stimmberechtigte Mitglieder

Dieter Kohlmann
Ina Korter
Ralph Krümpelmann
Torsten Lange
MdL Karin Logemann
Wolfgang Nieß
Daniel Stellmann
MdL Björn Thümmler

Kreistagsmitglied / Stellv. Landrat
Kreistagsmitglied
Kreistagsmitglied
Fraktionsvorsitzender
Kreistagsmitglied
Kreistagsmitglied
Kreistagsmitglied
Kreistagsmitglied

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung des Protokolls über die vorhergegangene Sitzung
- 4 Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten
- 5 Einwohnerfragestunde

Kreistag

- 6 Änderungen in der Besetzung von Gremien (Ausschuss für Schulen, Kultur, Sport / AG Gesundheitsregion 2040 / GV Wirtschaftsförderung)
Vorlage: 2024/FD91/444

Kreisausschuss

- 7 Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP vom 04.06.2024 (Resolution Wolf)
Vorlage: 2024/FD91/443

Ausschuss für Schulen, Kultur, Sport

- 8 Schließung des BBZ-Kindergartens
Vorlage: 2024/FD40/211

Betriebsausschuss Rettungsdienst

- 9 Neubau der Lehrrettungswache Brake
Vorlage: 2024/RettD/096

Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus, Digitalisierung

- 10 Innovationszentrum für Nachhaltigkeit und Produktionstechnologie GmbH (INP); hier: Aufnahme einer Vereinbarung bei Veräußerung
Vorlage: 2024/FD91/441
- 10.1 Innovationszentrum für Nachhaltigkeit und Produktionstechnologie GmbH (INP); hier: Aufnahme einer Vereinbarung bei Veräußerung
Vorlage: 2024/FD91/441/1

Betriebsausschuss Abfallwirtschaft

- 11 Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses 2023 sowie Feststellung des Jahresergebnisses und Entlastung der Betriebsleitung
Vorlage: 2024/Abfallw/114

Ausschuss für Finanzen, Personal und Gleichstellungsfragen

- 12 Jahresabschluss 2022 sowie Entlastung
Vorlage: 2024/FD20/217

- 13 Annahme von Spenden und Schenkungen
Vorlage: 2024/FD20/218
- 14 Anfragen/Anregungen und Beschwerden

Öffentlicher Teil:

1	Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit
---	--

Der Vorsitzende des Kreistags, Herr Dr. Schmid, eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und alle, die per Streaming die Sitzung verfolgen. Er stellt fest, dass zur heutigen Sitzung ordnungsgemäß geladen wurde und der Ausschuss trotz einiger Abwesenheiten beschlussfähig ist.

2	Feststellung der Tagesordnung
---	-------------------------------

Der Vorsitzende ruft die Tagesordnung auf. Er weist auf den erst heute um 14:00 Uhr versendeten Resolutionstext der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu TOP 7, eingegangen bei der Kreisverwaltung um 13:21 Uhr, hin.

Die Tagesordnung wird ohne Änderungen festgestellt.

3	Genehmigung des Protokolls über die vorhergegangene Sitzung
---	---

Das Protokoll über die Sitzung vom 11.03.2024 wird in der vorliegenden Fassung einstimmig genehmigt.

4	Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten
---	---

Landrat Siefken freut sich über die Möglichkeit, über den Bericht für den Kreistag regelmäßig eine Standortbestimmung und auch Positionierung zu verschiedenen Inhalten vornehmen zu können. In diesem Bericht fokussiert er sich auf drei Themen.

Ohne inhaltlich der Debatte zu TOP 7, Resolution Wolf, vorgreifen zu wollen, erinnert er an den in der Wesermarsch gesichteten Wolf in einem Wohngebiet, unweit von Campingplätzen entfernt. Obwohl es grundsätzlich begrüßenswert ist, wenn sich eine geschützte Tierart wieder im Bestand erholt, birgt die steigende Wolfspopulation auch Risiken. In Gesprächen mit verschiedenen Stellen wie der Landwirtschaftskammer, dem NLWKN oder dem Umweltministerium wurde deutlich, dass sich ohne Steuerung bereits bis spätestens Ende des Jahrzehnts dauerhaft ein Wolfsrudel in der Wesermarsch ansiedeln könnte. Dieses ist in einer Region mit offener Weidehaltung, den Gräben und dem zu leistenden Küstenschutz entlang der Deichlinien ein Risiko. In Anbetracht der Zunahme des Wolfbestandes sind die Ebenen der Gesetzgebung gefragt. Eine rechtliche Grundlage für ein schnelles Handeln, welche sich an der Realität orientiert, ist erforderlich. Jüngste gerichtliche Entscheidungen zeigen, dass die Situation derzeit nicht durch in der Praxis kurzfristig umsetzbare Regelungen geprägt ist. EU, Bund und Land sind hier gefordert.

Darüber hinaus betont der Landrat die Bedeutung der Erneuerbaren Energien für den Landkreis Wesermarsch, der als Drehschreibe für die Weiterverteilung von Wasserstoff und Strom eine entscheidende Rolle einnehmen wird. Ziel ist, dass der Landkreis die Chancen der Entwicklung nutzen kann und nicht nur ein Durchleitungsgebiet für eine höhere Wertschöpfung Richtung Süddeutschland wird. Die Gemeinden vor Ort müssen einen wirtschaftlichen Mehrwert haben,

wenn sie zum Erfolg des Netzausbaus beitragen und flächenintensive Knotenpunkte und technische Verteilanlagen bereitstellen. Landrat Siefken erklärt, er hat diese Position bereits jüngst in Berlin in der niedersächsischen Landesvertretung vorgetragen, als es um Veränderungen in der Jade-Weser-Region rund um den Energy Hub ging. Die politischen Entscheidungsträger müssen verstehen, dass Energiewende nur dann gelingen kann, wenn die Menschen in den maßgeblich betroffenen Regionen auch an der Wertschöpfung partizipieren können.

Als letztes Thema benennt der Landrat die Finanzlage des Landkreises. Die Haushaltsentwicklung deutet darauf hin, dass der zu erwartende Fehlbetrag sich von 3,6 Mio. Euro auf 11,4 Mio. Euro erhöhen wird. Gedanklich müssen sich die Verantwortlichen mit Haushaltssicherungsmaßnahmen für die Folgejahre auseinandersetzen. Diese Situation entsteht nicht durch eine leichtfertige Ausgabenpolitik des Hauses, sondern sie entsteht durch äußere Umstände, die Bund und Land beeinflussen. Durch immer mehr Aufgabenübertragungen auf die kommunale Ebene ohne auskömmliche Finanzausstattung steuern alle Kommunen in eine haushaltsrechtliche Schieflage hinein. Im Wesentlichen sind die Sozialausgaben mit jährlichen Steigerungen im zweistelligen Prozentbereich zu nennen.

Landrat Siefken beendet seinen Bericht mit dem Wunsch auf eine schöne und erholsame Sommerzeit.

5	Einwohnerfragestunde
----------	----------------------

Es liegen keine mündlichen oder schriftlichen Fragestellungen vor.

	Kreistag
--	-----------------

6	Änderungen in der Besetzung von Gremien (Ausschuss für Schulen, Kultur, Sport / AG Gesundheitsregion 2040 / GV Wirtschaftsförderung) Vorlage: 2024/FD91/444
----------	--

Der Vorsitzende verweist auf die Sitzungsvorlage zu TOP 6 der Tagesordnung und verliest den zur Abstimmung stehenden Beschlussvorschlag.

Der Kreistag beschließt einstimmig:

Im Ausschuss für Schulen, Kultur, Sport wird als neuer Stellvertreter für die Lehrer*innenvertretung der berufsbildenden Schulen Herr Jens Müller anstelle von Patrick Zerhusen festgelegt.

Anstelle des Abgeordneten Lange übernimmt der Abgeordnete Krümpelmann dessen Sitz in der Arbeitsgruppe Gesundheitsregion 2040.

In der Gesellschafterversammlung der Wirtschaftsförderung Wesermarsch GmbH ersetzt der Abgeordnete Horst Kortlang den Abgeordneten Manfred Wolf.

	Kreisausschuss
--	-----------------------

7	Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP vom 04.06.2024 (Resolution Wolf) Vorlage: 2024/FD91/443
----------	--

Der Vorsitzende teilt mit, dass der Kreisausschuss den Tagesordnungspunkt vorberaten, jedoch keine Beschlussempfehlung für den Kreistag abgegeben hat. Er bittet einen Vertreter der Fraktionen CDU und FDP, den Antrag auf Beschlussfassung einer Resolution zum Thema Wolf zu erläutern.

Herr Osterloh trägt die Inhalte der Resolution vor. Er verweist unter anderem auf Ende Mai bestätigte Risse. Diese stammen nach Einschätzung eines Wolfsberaters von abgenabelten Jungwölfen. Diese sind voraussichtlich auf der Suche nach einem neuen Revier. Der Landkreis mit seiner Kulturlandschaft und offener Weidehaltung ist nicht wolfsicher auszugestalten, die Tierhalter würden kapitulieren und in der Konsequenz die offene Weidehaltung aus dem Landkreis verschwinden. Auch eine mögliche finanzielle Kompensation für die Halter entschädigt nicht für das gesehene Leid bei der Beseitigung der gerissenen Tiere aus der Herde. Durch die wachsende Extensivierung stehen immer mehr Grasflächen zur Verfügung, die nicht alle eingezäunt werden können. Dieses gilt insbesondere für die Nichtvollerwerbslandwirte.

Herr Osterloh fährt fort, dass es eine funktionierende Gefahrenabwehr gegen den Wolf leider nicht gibt. Es können zwar unter Maßgaben Entnahmegenehmigungen erteilt werden, doch werden diese vor Gericht sehr schnell wieder aufgehoben. Dies stellt einen nicht tragbaren Zustand dar. Mit der vorgeschlagenen Resolution Richtung Hannover möchten die Antragsteller der CDU- und FDP-Fraktion dazu auffordern, dass das Land auch mit dem Bund und der EU zusammen ins Gespräch kommt und Lösungen anbietet. Eine artgerechte Tierhaltung gehört entkriminalisiert.

Herr Francksen erklärt, sowohl der Landrat in seinem Bericht als auch Herr Osterloh haben die Sachlage bereits sehr konkret und schlüssig vorgetragen. Die SPD-Fraktion kann den Inhalt der Resolution daher grundsätzlich mittragen, regt jedoch eine textliche Änderung dahingehend an, dass nicht nur das Land angesprochen und zum Handeln aufgefordert wird, sondern auch die Institutionen und Gremien der EU und des Bundes als Adressaten mitbenannt werden.

Herr Francksen bestätigt, dass die Idee der Befürworter einer steigenden Wolfspopulation, die Tierherden mit einem Schutzzaun zu sichern, nicht zur offenen Weidetierhaltung der Wesermarsch und der erforderlichen Deichpflege passen würden. Die Schutzgüter Mensch und Küstenschutz haben eine höhere Priorität als die Rückkehr des Wolfes. Weiterhin weist er darauf hin, dass man den erst heute erhaltenen Antrag von Bündnis 90/Die Grünen nicht mehr habe abstimmen können. Für die Resolution der CDU- und FDP-Fraktion ergänzt um den textlichen Vorschlag der SPD-Fraktion wünscht er sich eine breite Mehrheit.

Herr Gollenstede vertritt die Auffassung, dass alle Landkreise mit Küstenschutzaufgaben und offener Weidetierhaltung wolfsfreie Zone sein sollten. Seinen Kenntnissen zufolge sind derzeit 44 Rudel in Niedersachsen registriert, bis 2030 sind hochgerechnet über 1.000 Wölfe ansässig. Damit ist der Erhaltungszustand mehr als erfüllt. Die Konflikte nehmen zu und der anpassungsfähige Wolf kommt auch in küstennahen Regionen ohne Wälder mit viel Rotwildbestand zurecht. Das erklärt auch die Landesregierung im Wolfsmanagementplan. Der Stader Landrat Kai Seefried forderte das Land bereits auf, den Landkreisen endlich eine Verordnung zur schnellen Entnahme in die Hand zu geben. Vorgeschlagen werden 30 km-Schutzzone rund um Flächen für Deichschutz. Er kritisiert, dass es zwar beispielsweise in Schleswig-Holstein Beratungen zum Umgang mit dem Wolf gegeben hat, in Niedersachsen trotz Verschriftlichung im Koalitionsvertrag jedoch nicht. Der Wolf ist nicht mehr zum Aussterben bedroht, das sehen alle politischen Ebenen bis hoch zur EU so. Es gibt ein offensichtliches Vollzugsdefizit. Es ist mehr als berechtigt, dass der Kreistag das Land auffordert zu handeln und einen rechtssicheren Rahmen herzustellen. Mit der Resolution der CDU- und FDP-Fraktion inklusive der gewünschten Ergänzung der SPD-Fraktion kann die Fraktion der Unabhängigen Wähler deshalb mitgehen.

Frau Schröder unterstreicht grundsätzlich den Mehrwert von Resolutionen. In diesem Falle jedoch ist der vorgeschlagene Inhalt teilweise rechtswidrig und muss ihrer Ansicht nach nachbearbeitet werden. Sie geht auch auf den heute verschickten Inhalt von Bündnis90/Die Grünen ein. Die Schafhalter tun viel für die Gesellschaft, erhalten jedoch leider nicht ausreichend Ertrag aus dem Verkauf von Wolle und Fleisch. In 23 von 27 EU-Staaten ist der Wolf beheimatet, einige lösen das gut, andere verstoßen gegen die FFH-Richtlinie oder bejagen Wölfe entgegen geltender Vorschriften. Hier gab es den guten Kompromiss, gegen bestimmte Wölfe vorgehen zu können über ein Schnellabschussverfahren. Dieses Verfahren ist vor dem Oberverwaltungsgericht Lüneburg als rechtswidrig eingestuft worden. Die Urteilsbegründung ist für nähere Erkenntnisse anzuschauen. Frau Schröder erklärt, die Grünen werden die Resolution von CDU/FDP ablehnen. Sie schlägt ein gemeinsames Vorgehen vor, unter Beachtung der Rechtssicherheit und aktueller

Urteile. Möglicherweise kann im Bereich des Küstenschutzes, dort ist eine sichere Einzäunung schwierig zu gewährleisten, eine Verbesserung erreicht werden. Im Hinblick auf die Länder, die den Umgang mit dem Wolf gut lösen, hebt sie Spanien hervor. Dort sorgt der Wolf für eine Bestandsregelung des Rotwildes.

Frau Meiners dankt Frau Schröder für die Darstellung der von der Mehrheit abweichenden Haltung. Sie wird nicht auf alle Argumente der heute erst zugegangenen Resolution der Grünen eingehen, das würde den zeitlichen Rahmen sprengen. Frau Meiners weist jedoch zurück, dass die Resolution von CDU/FDP in Teilen rechtswidrig ist. Insbesondere erwartet sie von Politik nicht, insbesondere nicht von Landtags-, Bundes- und EU-Abgeordneten, dass sie abwarten und sich auf Gerichtsurteile stützen. Die Politik hat zu gestalten, da ist auch Frau Schröder als Bundestagsabgeordnete persönlich gefordert. Frau Meiners hat auch kein Verständnis dafür, dass der schon einige Zeit verfügbare Resolution von CDU- und FDP-Fraktion erst heute mit einem anderen Text von Bündnis 90 / Die Grünen entgegnet wird, mit deutlich anderer Auffassung als sie die Vorredner von SPD und Unabhängige Wähler hatten. Sie mutmaßt, dass sich die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen scheinbar nicht ausreichend mit dem Thema Wolf und dessen Bedeutung für die Menschen in der Wesermarsch auseinandergesetzt hat. Der versendete Schriftsatz der Grünen von heute Nachmittag geht auf wesentliche Erfordernisse auch nicht ein. Seitens des niedersächsischen Umweltministeriums wird derart schleppend zum Thema Wolf gearbeitet und werden derart verzerrt Sachverhalte dargestellt, dass sich Externe aus dem Dialogforum des Landes herausgezogen haben. Die Wolfpolitik des Landes Niedersachsen ist gescheitert. Sie funktioniert auch nicht in der Wesermarsch. Die Politiker dieses Kreistags haben die Aufgabe, die Sorgen und Nöte der Betroffenen ernst zu nehmen. Daher muss die Wesermarsch wolfsfreie Zone werden. Die Idee der friedlichen Koexistenz ist ein Märchen. Herdenschutzhunde sind beängstigend und auch die Zäune funktionieren nicht. Die Wolfspopulation muss in Grenzen gehalten werden, es braucht ein Wolfsmanagement, das Taktieren muss aufhören, es muss gehandelt werden. Sie fordert eine Abkehr von theoretischen Diskursen und mehr Schutz für die Weidetiere und die Tierhaltung insgesamt.

Herr Wolf stellt in Bezug auf die Ausführungen der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, Frau Schröder, die Frage, wer die Kreispolitik gewählt und was die Kreispolitik zu vertreten hat. Seine Antwort hierauf ist, es waren die Bürger der Region und es sind die Erwartungen der Bürger der Region zu vertreten. Gesetze mögen ihre Berechtigung haben, dennoch haben alle das Recht, eine andere Meinung kundzutun. Er schlägt Abstimmung der von CDU- und FDP-Fraktion eingebrachten Resolution unter Einbringung der seitens der SPD-Fraktion vorgetragenen Änderung vor.

Herr Janssen äußert seinen Unmut darüber, dass zwei von drei Partnern einer Gruppe einen Resolutionsantrag einbringen gegen den Willen des Dritten. Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen möchte wie auch schriftlich geschildert einen Runden Tisch zum Thema Wolf einrichten, um die verschiedenen Interessengruppen zusammenzubringen und einen offenen Prozess zu initiieren, damit eine gemeinsame Lösung im Umgang mit dem Wolf erarbeitet werden kann. Frau Schröder ergänzt weitere Inhalte der tagesaktuell versendeten Alternativresolution wie Aufnahme einer Weideprämie in die GAP-Regelungen und Zuschüsse für Verkaufshäuschen.

Von Seiten der Verwaltung wird durch Herrn Wenholt vorgeschlagen, auf Grundlage des § 15 der Geschäftsordnung zunächst über den Änderungsantrag von Bündnis 90 / Die Grünen abzustimmen, dann die Änderung der SPD aufzunehmen und dann mit dieser die Resolution der CDU/FDP zu beschließen. Der Vorsitzende verkündet, dass er dieser Reihenfolge nicht folgen werde und zunächst die Resolution mit der Änderung der SPD zur Abstimmung stellt.

Der Kreistagsvorsitzende ruft sodann dazu auf, über die Resolutionstexte einzeln abzustimmen, beginnend mit dem Ursprungsantrag von CDU-/FDP-Fraktion mit folgender durch die SPD-Fraktion vorgebrachte Ergänzung im ersten Absatz:

„Der Kreistag des Landkreises Wesermarsch fordert das Europäische Parlament, den Bundestag und den Landtag in Hannover auf, unverzüglich regulierende Maßnahmen bei der Wolfspopulation auf den Weg zu bringen. ...“

Der Kreistag beschließt mit 28 Ja-Stimmen bei sieben Nein-Stimmen:
Dem Resolutionstext der CDU- und FDP-Fraktion wird mit o.g. Ergänzung zugestimmt.

Der Kreistag beschließt mit 27-Ja-Stimmen bei fünf Nein-Stimmen und drei Enthaltungen:
Der Resolutionstext der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen wird abgelehnt.

	Ausschuss für Schulen, Kultur, Sport
--	---

8	Schließung des BBZ-Kindergartens Vorlage: 2024/FD40/211
---	--

Herr Thöle weist auf die einstimmigen Beschlussempfehlungen in den vorherigen Gremien hin und verliest den Beschlusstext.

Der Kreistag beschließt einstimmig bei einer Enthaltung:

Der Kindergarten im Berufsbildungszentrum (BBZ-Kindergarten) in Brake wird zum 31.07.2025 geschlossen.

	Betriebsausschuss Rettungsdienst
--	---

9	Neubau der Lehrrettungswache Brake Vorlage: 2024/Rettd/096
---	---

Herr Böner weist darauf hin, dass der einstimmig gefasste Beschlussvorschlag aus dem Fachausschuss um einen dritten zu beschließenden Punkt im Kreisausschuss, ebenfalls einstimmig, erweitert wurde.

Herr Janssen freut sich über den zusätzlich aufgenommenen Punkt einer Konzepterstellung vor dem Hintergrund, dass dem Jugendhilfeausschuss zwar vor Ort die Liegenschaften vorgestellt wurden, zu dem Zeitpunkt jedoch die Aufgabe des Meyerhofs nicht thematisiert wurde und die weitere Beschlussfassung nur noch über den Betriebsausschuss stattgefunden hat.

Der Kreistag beschließt einstimmig:

1. Der Eigenbetrieb Rettungsdienst plant den Bau einer neuen Lehrrettungswache am Standort Brake. Entsprechende Verhandlungen sollen durch die Betriebsleitung des Eigenbetriebes Rettungsdienst mit den Krankenkassen aufgenommen werden.
2. Einer Übertragung der Liegenschaft Meyershof auf den Eigenbetrieb Rettungsdienst zum Buchwert wird zugestimmt.
3. Vor der Umsetzung soll ein neues Konzept, inhaltlich und räumlich, für den Bereich der Jugendwerkstätten erarbeitet und beschlossen werden.

	Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus, Digitalisierung
--	---

10	Innovationszentrum für Nachhaltigkeit und Produktionstechnologie GmbH (INP); hier: Aufnahme einer Vereinbarung bei Veräußerung Vorlage: 2024/FD91/441
----	--

10.1	Innovationszentrum für Nachhaltigkeit und Produktionstechnologie GmbH (INP); hier: Aufnahme einer Vereinbarung bei Veräußerung Vorlage: 2024/FD91/441/1
-------------	---

Herr van Norden weist in Vertretung für den abwesenden Herrn Krümpelmann auf den im Fachausschuss erweiterten Beschlusstext hin, der mit dieser Erweiterung sowohl dort als auch im Kreisausschuss einstimmig dem Kreistag vorgeschlagen wurde.

Der Kreistag beschließt einstimmig:

Der Vereinbarung bei Veräußerung des INP wie im Sachverhalt dargestellt wird zugestimmt. Bei der Ermittlung des angepassten Kaufpreises sind Abschreibungen und Verbindlichkeiten mit zu berücksichtigen.

	Betriebsausschuss Abfallwirtschaft
--	---

11	Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses 2023 sowie Feststellung des Jahresergebnisses und Entlastung der Betriebsleitung Vorlage: 2024/Abfallw/114
-----------	---

Herr Wiechmann weist auf die einstimmigen Beschlussempfehlungen in den vorherigen Gremien hin.

Der Kreistag beschließt einstimmig:

Der Jahresabschluss für den Eigenbetrieb Abfallwirtschaft Wesermarsch des Landkreises Wesermarsch nebst Lagebericht zum 31.12.2023 wird festgestellt.

Der ausgewiesene Bilanzgewinn in Höhe von 52.153,52 € wird in eine gesonderte Gebührenaussgleichsrücklage eingestellt.

Der Betriebsleitung wird für das Jahr 2023 Entlastung erteilt.

	Ausschuss für Finanzen, Personal und Gleichstellungsfragen
--	---

12	Jahresabschluss 2022 sowie Entlastung Vorlage: 2024/FD20/217
-----------	---

Herr Wollgam weist auf die einstimmigen Beschlussempfehlungen in den vorherigen Gremien hin

Frau Schröder verlässt die Sitzung um 17:52 Uhr vor der Abstimmung.

Die Beschlusspunkte werden einzeln zur Abstimmung aufgerufen.

Der Kreistag beschließt jeweils einstimmig, Punkt 3 ohne Mitwirkung des Landrats, wie folgt:

- 1.) Gemäß § 129 Absatz 1 NKomVG wird der Jahresabschluss 2022 in Aktiva und Passiva mit 231.617.369,66 Euro festgestellt.
- 2.) Der Jahresüberschuss in Höhe von 16.495.821,26 € wird gemäß § 110 Absatz 6 Satz 3 NKomVG in Verbindung mit § 24 Absatz 4 und 24 Absatz 2 Satz 2 KomHKVO genutzt, um eine Verrechnung mit den noch vorhandenen kameralen Sollfehlbeträgen (bis 31.12.2006) in Höhe von 2.862.699,62 € vorzunehmen sowie darüber hinaus, um die aufgelaufenen

doppischen Fehlbeträge in Gesamthöhe von 8.125.176,42 € abzudecken.
Der verbleibende Überschuss in Höhe von 5.507.945,22 € wird gemäß § 110 Absatz 6 Satz 2 NKomVG der Überschussrücklage zugeführt.

3.) Dem Landrat wird Entlastung für 2022 erteilt.

13	Annahme von Spenden und Schenkungen Vorlage: 2024/FD20/218
-----------	---

Herr Wollgam freut sich über die zugeführten Spenden und weist auf die einstimmigen Beschlussempfehlungen in den vorherigen Gremien hin.

Der Kreistag beschließt einstimmig:

Die folgenden Spenden werden angenommen und dem vorgesehenen Zweck zugeführt:

1) Sachspende des Vereins der Ehemaligen, Eltern und Freunde des Gymnasiums Nordenham e.V. im Wert von 438,00 Euro in Form einer Buttonmaschine inklusive Zubehör sowie

2) Sachspende des Vereins der Ehemaligen, Eltern und Freunde des Gymnasiums Nordenham e.V. im Gesamtwert von 4.772,00 Euro in Form von

- Stahlblech-Ausgussbecken für den Schulgarten (172,45 Euro)
- Gardena-Schlauchbox für den Schulgarten (169,00 Euro)
- Haselnusszaunblenden für den Schulgarten (2.413,92 Euro)
- Fliesenarbeiten im Geräteraum der Garage im Schulgarten (824,58 Euro)
- 30 Atelierstaffeleien für die Fachgruppe Kunst (1.192,05 Euro)

14	Anfragen/Anregungen und Beschwerden
-----------	-------------------------------------

Es werden keine Wortbeiträge vorgebracht.

Der Vorsitzende des Kreistags beendet den öffentlichen Teil um 17:55 Uhr und weist auf einen noch folgenden nichtöffentlichen Teil hin.

Dr. Schmid
Ausschussvorsitz

Siefken
Landrat

Witthohn
Protokollführung